

Konferenz in Schanghai.

Ein Vermittlungsvorschlag Paul-Boncour's.

Paul-Boncour eröffnete die Sitzung des Völkerbundesrates mit der Erklärung, der englische Außenminister Simon habe ihm mitgeteilt, daß neue Möglichkeiten vorlägen, um zu einer Einmündung der Feindseligkeiten im Fernen Osten zu gelangen.

Der englische Außenminister Simon gab dem Völkerbundesrat lobend einen telegraphischen Bericht aus Schanghai bekannt, wonach am Montagabend auf dem englischen Vorschlag in Schanghai eine mehrstündige Unterredung zwischen Oberbefehlshabern der japanischen und chinesischen Truppen stattgefunden habe, an der auch der chinesische Staatsmann Wellington Ku und der englische Admiral Kelen teilgenommen hätten und in der die Grundlage einer sofortigen gegenseitigen Einstellung der Feindseligkeiten und Kontrolle der evakuierten Gebiete durch Neutrale angenommen sei. Eine endgültige Einigung sei aber noch nicht erreicht worden. Aus dem Bericht geht jedoch hervor, daß die Verhandlungen einen durchaus freundschafflichen Charakter getragen hätten und daß die Richtigkeiten dieses Liebesinteresses von den Regierungen in Tokio und Peking zur Stellungnahme übermittelt worden seien.

Der Vorschlag des Ratspräsidenten.

Paul-Boncour legte sodann dem Völkerbundesrat einen Vorschlag vor, der folgenden Punkte umfaßt:

1. Sofortige Einberufung einer Konferenz in Schanghai, an der Vertreter der japanischen und chinesischen Regierung sowie der interessierten Mächte teilnehmen sollen, um zu einer endgültigen Einstellung der Feindseligkeiten und Wiederherstellung des Friedens zu gelangen;

2. Grundlage dieser Konferenz bildet: Japan erklärt, seine politischen und territorialen Ziele in Schanghai zu verfolgen, nach ein japanisches Konzeptionsgebiet in Schanghai auszustreben, nach die Abfertigung der japanischen Interessen in irgendeiner auszuführenden Weise zu begünstigen. China nimmt an der Konferenz teil, indem es die Sicherheit und Unantastbarkeit des internationalen und des französischen Konzeptionsgebietes auf Grund der bestehenden Verträge grundsätzlich anerkennt und die Sicherheit der ausländischen Staatsangehörigen gegen alle Gefahren garantiert;

3. Der Zusammentritt der Konferenz hängt von einem vorherigen Abkommen über die Einstellung der Feindseligkeiten ab. Die Vertreter der in Schanghai vertretenen Mächte werden aufgefordert, ihre Mitwirkung zur Durchföhrung dieses Abkommens zu leisten;

4. Dieser Vorschlag zielt darauf hin, den Frieden in Schanghai wiederherzustellen, ohne daß dadurch die bisherige Haltung des Völkerbundes oder irgendeiner anderen Macht in dem Konflikt berührt wird.

Paul-Boncour richtete darauf an die Vertreter von Japan und China die Aufforderung, diesem Vorschlag beizutreten. Der italienische Außenminister Grandi erklärte sich grundsätzlich mit dem Vorschlag Paul-Boncour's einverstanden, desgleichen der englische Außenminister Simon und der französische Delegierte Paul-Boncour.

Der japanische Vorkämpfer Sato nahm ebenfalls den Vorschlag mit einigen Vorbehalten unter der Voraussetzung an, daß seine Regierung ihre Zustimmung erstens unter anderem mache er zur Behingung, daß das Leben und das Eigentum der japanischen Staatsangehörigen im internationalen Konzeptionsgebiet garantiert sei. Weiter erklärte er, daß Japan keineswegs die Absicht habe, für sich eine

neutrale Zone in den Hongkonggebieten der chinesischen Städte zu verlangen.

Der chinesische Gesandte Yen teilte mit, daß der englische Admiral Kelen als Bedingung des Waffenstillstandes eine Zurückziehung der japanisch-chinesischen Truppen und Einschiffung der japanischen Truppen vorgezogen habe. Die Zurückziehung der Truppen soll allmählich unter der Kontrolle der Truppen der neutralen Mächte erfolgen. Die Vorkämpfer des Ratspräsidenten würden von der chinesischen Regierung als annehmbar angesehen.

Paul-Boncour schloß die Sitzung mit der Erklärung, daß nimmehr die Hoffnung auf einen Erfolg der Zusammenarbeit aller Mächte zur Beilegung der Feindseligkeiten und Wiederherstellung des Friedens vor dem Zusammentritt der außerordentlichen Vollversammlung des Völkerbundes gegeben sei.

Waffenstillstandsverhandlungen.

Japans Bedingungen.

Der japanische Gesandte in China, Schigemitsu, erklärt, von Tokio bestimmte Anweisungen erhalten zu haben, wenn möglich, die Gröndung von Waffenstillstandsverhandlungen mit den Chinesen unter folgenden Bedingungen in die Wege zu leiten:

1. Wenn die Chinesen sich hinter die bereits festgelegte 20-Kilometer-Zone zurückziehen, ist Japan ebenfalls zur Zurückziehung bereit.

2. Der Rückzug soll durch einen Ausschuß japanischer und chinesischer Offiziere überwacht werden, dem notfalls auch neutrale Beobachter zugestellt werden können.

3. Eine allgemeine Vermittlungskonferenz ist einzuberufen, an der außer den japanischen und chinesischen Vertretern auch alle anderen Mächte, deren Interessen in Schanghai betroffen sind, teilnehmen sollen.

Der englische Gesandte, Sir Miles Lampson, fuhr nach Anknüpfung, wo er sich mit Sjangangtschih und Vertretern der chinesischen Regierung über die japanischen Vorkämpfer unterhalten wird. Die chinesischen Behörden in Schanghai erklären, daß ihnen die Vorkämpfer noch nicht amtlich unterbreitet worden seien. Es verlaute jedoch in unterrichteten chinesischen Kreisen, daß ein Waffenstillstand nur bei einer Zurückziehung der japanischen Truppen und einer Befehung der neutralen Zone durch neutrales Militär in Frage kommen könne.

In den neuen japanischen Vermittlungsvorschlägen ist eine Rede mehr von einer Zerstückung der Wulung- und der Han-Forest-Forst. Ein weiteres Zugeländnis sei der Vorschlag zur Erneuerung eines gemeinsamen japanisch-chinesischen Ausschusses zur Überwachung der Räumung der neutralen Zone an Stelle einer einseitigen japanischen, die zuerst gebildet worden war.

Neuer japanischer Großangriff.

60 000 Mann Kampstruppen vor Schanghai.

Schanghai, 2. März. Die Japaner eröffneten auf der ganzen Front von Schanghai bis Kiangwan eine neue Offensive. Nach vorhergehender Bombardierung Schanghai durch Flugzeuge rückte die japanische Infanterie trotz des chinesischen Widerstandes im Bezirk Songhsia landes gegen das Gebirge der „Kongtschewessee“ vor. Auch bei Tsangang griffen die Japaner an. Flugzeuge belegten die chinesischen Stellungen mit Bomben, während Tanks die chinesischen Schützengraben angriffen.

An der Yangtschew-Mündung wurden 12 000 Mann japanische Truppen gelandet. Es wird vermutet, daß diese Truppen, die unter dem Oberbefehl des Generals Schirofama

stehen, die chinesische Front hinter den Wulung-Forst umgehen sollen. Am Montag sollen 60 000 Mann japanische Truppen in Schanghai landen.

Japan nimmt Ratsvorschläge an.

Die japanische Regierung hat sich entschieden, die Gesner Vorkämpfer für die Einberufung einer Vermittlungskonferenz in Schanghai für annehmbar zu erklären. Außenminister Jochisawa teilte mit, daß die von dem Präsidenten des Völkerbundesrat gemachten Vorkämpfer nicht mit der japanischen Politik in Widerspruch ständen. Die japanischen Vertreter in Genf sind von der Entscheidung der japanischen Regierung unterrichtet worden.

Russische Truppenanmählungen bei Wladiwostok?

Am japanischen Außenministerium ist ein Bericht des japanischen Konsuls in Wladiwostok eingelaufen, daß zwei russische Infanterieverbände in der Nähe von Wladiwostok aufmengen worden seien. Weitere 100 000 Mann sollen im Ussuri-Gebiet an der manchurischen Grenze bereitstehen.

Um die deutsche Gleichberechtigung.

Entscheidung auf das Konferenzende verschoben.

Genf, 2. März.

Tardieu hat kurz vor seiner Abreise nach Paris der Presse einige Mitteilungen über seine letzten Verhandlungen gemacht. Er betonte, daß er sich mit dem Vorkämpfer Wladoung offen über die schwedischen Fragen unterhalten habe. Die Unterredung sei in durchaus freundschafflichen Geiste verlaufen. Die grundsätzlichen Schwierigkeiten beständen jedoch weiter. Auf seiner Seite bestesse die Lage weiter zu verschärfen.

Die großen grundsätzlichen Fragen der Abfertigung, die mit dem Artikel 1 des Abkommensentwurfes zusammenhängen, würden gleich zu Beginn der jetzt einsetzenden sachlichen Verhandlungen auf den Abschluß der Konferenz verschoben werden. Man wolle die mit diesem Artikel zusammenhängenden Schwierigkeiten erst am Ende der Konferenz betonen.

Die sachlichen Verhandlungen würden daher zunächst mit dem Kapitel 2 des Abkommensentwurfes über die Herabsetzung der effektiven Truppenbestände beginnen. Dieses Kapitel berühre die internationalen Fragen, so daß hierbei die Sicherheitsfrage und die französischen Vorkämpfer behandelt werden würden. Bis zum Abschluß der am Donnerstag beginnenden außerordentlichen Vollversammlung des Völkerbundes würden außerdem bedeutungsvolle Verhandlungen mehr stattfinden. Tardieu erklärte, er nehme an, daß die grundsätzlichen Erörterungen voraussichtlich erst nach der Osterpause einleiten würden.

Das Arbeitsprogramm der Abrüstung.

Genf, 2. März.

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz hat in mehrstündiger Sitzung das von Grandi ausgearbeitete allgemeine Arbeitsprogramm durchberaten. Ein Vorschlag von französisch-schweizer Seite, das Arbeitsprogramm in der vorliegenden Fassung anzunehmen, wurde abgelehnt.

Das Präsidium beschloß vielmehr auf englischen Vorschlag, das Arbeitsprogramm zunächst sämtlichen Abordnungen mit dem Ersuchen um Vorkämpfer und Anträge zugehen zu lassen und sodann von neuem zusammenzutreten. Die endgültige Entscheidung soll dem Hauptauschüß überlassen

werden, da, ihren würdigen Duft ausstreuend über die Welt des Haevelandes.

Das Sonntags fuhren viel Boote über das Wasser, mit jungem Volk angefüllt, voll Mädchengetöse und Lustigkeit. Man fuhr zur Plaueninsel hinüber, die mit ihren geheimnisvollen Waldmännchen die Potsdamer Jugend besonders anlockt. Nirgends blühte der blaue, würzige Enjant so dicht und verwirrend wie hier an den Schiffen der Insel, nirgends sangen die Rohrdornen ihr heiteres „Kärrtel!“ so hell und unbefragt wie im Ufergebüppel dieses verwunschenen Eilands, auf dem einst im siebzehnten Jahrhundert der Altschwimm Runkel hauste, um für seinen tollkühnlichen Herrn Friedrich Wilhelm Gold in geheimnisvollen Notizen zu brauen.

Die Potsdamer wußten noch manch unheimlich-geheimnisvolle Geschichte aus dieser Zeit. Daß der Runkel einen „Blutvertrag“ mit dem Teufel geschlossen hätte und doch nicht das eigene Gold machen konnte und bei Nacht und Nebel über die Insel floh, mitten im Winter, um sich dem Jörn des Kurfürsten zu entziehen. Und manches andere.

Ja, diese Insel, die man damals Rannisenwerder nannte, hatte ihren Spitz, ihre Romantik und ihre Mysterien. Und es war schön, an einem Sonntage oder -abend dort am Ufer zu sitzen und in das Haeveland zu träumen.

Dieser Sommer war inerhört wunderbar. So dachte Alice von Herdendorf — so dachte Mar von Käderitz. Und sie mochten beide von ihrem Standpunkt aus wohl recht haben! —

Käderitz lag mit einigen seiner königlichen Leibgardiere auf der Insel.

Manöverübung! Argendwo drüben am Ufer lag das Regiment. Er war — Streipatrouille! — hinübergerudert. Es war sein „Rein!“ zu finden gewesen, und so gab es eben eine Stunde Nichts im Herdendorf, was seinen Grenadiere eben so recht war wie ihm. Man hatte die Gewehre zusammengestellt und es sich bequem gemacht. Die hohen Helme mit den königlichen Initialen an der Vorderseite schimmerten im Sonnenlicht.

An der Ferne ragten die Kirchtürme von Potsdam in den violetten, warmen Himmel. Käderitz träumte vor sich hin.

Das Märchen von Alice



Ein Liebesroman aus ritterlicher Zeit von Paul Hain. Copyright 1931 by Romanisedit Digo, Berlin W 90.

10. Fortsetzung
„Mein, Alice — der tolle Käderitz hat seine Wildheit verloren, seit er Sie sah, Alice — ich habe Sie sehr, sehr lieb.“

„Sie erschauerte.“
„Meine, liebe Hofdame,“ sagte er zärtlich.
Eine Welle heißer, banger Glückseligkeit ging über sie hin. Was sie in einlaßendem Schreie in einem einlaßendem Staube heimlich so oft erlebt hatte — hier strömte es ihr endlich in brandender, berauschender Fülle entgegen: Liebe!

Und hilflos süßte sie das Brennen in ihrem Blut und den heißen Schlag ihres Herzens. Die große Stunde ihres, Madchensdorns war gekommen.

Käderitz legte den Arm um sie. Spürte die Weichheit ihres zarten Körpers und empfand feierlich: Es ist alles Bestimmung. Ich mußte der tolle Käderitz sein, um nach Potsdam vertriebt zu werden und hier die Erfüllung meiner tiefsten Sehnsucht finden. So traut einem das Schicksal!

„Alice — liebe, Alice!“
„Er sang sie an.“
Sie mehrte sich nicht.

Es war ein Traum. Einer von den schönen, berückelnden Träumen, wie sie wohl geheimnisvoll im Part von Sanssouci durch die Frühlingsschneide schweben.

An der Ferne hing noch immer Rauch. Ueber den Himmel leuchteten die Feuergerden und Lichtfontänen des Feuerwerks wie fremde Wunder.

Seine süßeste Käderitz, sich zu Alice herabbeugend:
„Aht, pft, Madame —
Ein Kuß, Madame —
Von Ihrem Koenigumnd —“
Da lagte sie leicht und fröhlich auf.
„Wußt das jein?“

„Ernsthaft sagte er:
„Es muß, es ist seit Jahrtausenden so vorgeschrieben.“
„Ja — dann —“

Sie schmeigte sich wie ein Kind in seine Umarmung. Ihre Lippen fanden ein wenig geöffnet, bereit, das Wunder des ersten Liebeskusses zu empfangen. Er sah das rote Blühen ihres Mundes, der zuckend auf die Erfüllung wartete.

„Nabe — mein Frühlingswunder!“ rief er leidenschaftlich aus.
Ein verklärtes Räseln lag in ihrem hellen Gesicht.
„Mein Märchen von Sanssouci.“
Er küßte sie.

Küßte sie mit der heißen Andruhm einer tiefen, wahrhaftigen Liebe, die unaussprechlich ist. Erschauend empfand sie die Glut dieses Kusses, der wie eine Flamme ihr Blut entzündete. Ihr war, als wache die Seele aus einem Traume auf.

Wie ein kleines, banges Seufzen ging es durch ihr ganzes Sein — dann warf sie die Arme hoch und schlang sie um seinen Hals.

„Du — du —“ murmelte sie und schloß die Augen.
„Alice, ich werde dich ewig lieben.“
Zimmer wieder strömten seine Zärtlichkeiten über sie hin mit einer berausenden Amnigkeit. Und Alice sammelte erlöst und beglückt:

„Nun — gehöre ich dir —“
An der Ferne zerplatzten die letzten Raketen vor dem fernentzündeten Vorhang des nächsten Himmels. Die letzten roten, blauen, grünen Funten sanken in langen Kurven zur Erde.

Die strahlen, triegerischen Takte des Hofenfriedberger Würfes klangen als fröhlicher Abschied des Feuerwerks durch die Nacht.

Zwei Menschen standen untern Himmelzelt, die Hände zum Abschied ineinander verfangen, sich Treue und Vergegen schwürten, wie es Taufende vor ihnen getan und Taufende nach ihnen tun werden.

Sechtes Kapitel
Der Sommer war da, und es war gewiß, daß er voll erhöhter Schönheit war.
An den Ufern der Havel küßten die milden Rosen in Menge, und die märchenhaften Stiefen standen wie riesengroße

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,— RM — Durch die Post bezogen 1,10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Kofleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Kofleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Metz, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Kofleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmen 20 Pf. Anzeigenannahme an Budtags bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpartei Nebra — Bankverein Artern.

Universitätsbibliothek

Nr 27

Donnerstag, den 3. März 1932.

45. Jahrgang

Wie wird am 13. März gewählt?

Ein Erlass Goewers an die Länderregierungen.
Der Reichsinnenminister hat an die Länderregierungen ein Rundschreiben gerichtet, in dem er Mitteilungen über die technischen Einzelheiten für die Wahl des Reichspräsidenten macht. An diesem Schreiben wird zunächst auf die gesetzlichen Vorschriften hingewiesen. Er erklärt dann weiter, daß sich der Reichspräsident schon im Jahre 1925 für ein einheitliches Stimmzetteln ausgesprochen hat, es habe sich schon bei der Reichspräsidentenwahl 1925 bewährt. Die Stimmzettel für die kommende Reichspräsidentenwahl seien nach demselben Muster herzustellen. Die Stimmzettel müssen alle zugelassenen Wahlvorschlüge mit Vor- und Zunamen, Stand oder Beruf und Wohnort des Umwärters enthalten. Daran schließt sich ein freies Feld an, in das der Stimmabgebende einen anderen Umwärters eintragen kann, wenn er keinen der vorgeschlagenen seine Stimme geben will.
Der Minister weist darauf hin, daß die Eintragung in den Stimmzettel in einem Nebenraum oder an einem gegen Sicht geschützten Reibstück geschehen muß.
Auch bei Andrang der Stimmberechtigten ist es verboten, daß eine Wahlmännchenzelle oder ein Nebenraum von mehreren Wahlberechtigten gleichzeitig benutzt wird.
Zu der Frage der getrennten Wahl nach Geschlechtern erklärt der Minister, daß bei kleinen Stimmbezirken die getrennte Stimmabgabe nicht unbedingt sei, da sie das Wahlgeheimnis gefährden könne. Eine Trennung der Wahlberechtigten nach Geschlechtern könne nur in solchen Gemeinden vorgesehen werden, wo durch die Größe der Stimmbezirke die Gefährdung der Geheimhaltung der Wahl ausgeschlossen ist.

Zünf Präsidentenwahlkandidaten

Annahmen beim Reichswahlleiter.
Berlin, 1. März.
Nachdem in der vorigen Woche die formelle Annahme der Kandidatur des Reichspräsidenten von Hindenburg mit gleichzeitiger Heberzeugung seiner Zustimmungserklärung stattgefunden hat, erschien Montagmorgen der Reichstagsabgeordnete Goering von der Nationalsozialistischen Partei beim Reichswahlleiter, um die Kandidatur des Regierungsrats Hiller anzukündigen. Die formelle Zustimmung Hillers steht noch aus, wird aber nachgerichtet werden.
Weierlein haben die Kommunisten die Kandidatur Thälmanns, und die Deutschnationalen in Verbindung mit dem Stahlhelm die Kandidatur des Oberführers a. D. Duesterberg beim Reichswahlleiter angekündigt. Die notwendigen Formalitäten dürften spätestens bis Dienstag erledigt werden.
Als ein Vorzeichen verdient vermerkt zu werden, daß nach den bisherigen Annahmen von den Stimmzetteln nicht vier, sondern fünf Präzidentenwahlkandidaten verzeichnet werden.
Der Fünfte ist nämlich der sogenannte Betriebsammler Adolf Gustaf Winter aus Großjena bei Naumburg, der sich gegenwärtig in der Kaufener Landesstrafanstalt befindet. Gustaf Adolf Winter ist der Mann der rosettenförmigen Zeitungsanfertigung, der die Zeitung „Deutsches Volk“ eine Bank- und Reformzeitung verleiht. Die notwendigen Unterschriften, und zwar 35 000, sind für ihn beigebracht worden. Die Unterschriften sind vor allem in Hamburg, München und in Sachsen gesammelt worden. Soweit sich bisher übersehen läßt, werden formelle Einmündungen gegen die Kandidatur dann nicht gemacht werden können, wenn dem Präzidentenwahlkandidaten Winter bei der Beurteilung die bürgerlichen Ehrenrechte nicht abgesprochen worden sind.
Die Frist für die Annahme endet am 3. März, 12 Uhr nachts. Der Reichswahlleiter wird alsdann seine Entscheidung über die Zulassung der Kandidaten treffen und gleichzeitig den Kreiswahlleitern telegraphisch Mitteilung machen, damit die Stimmzettel ausgedruckt werden können. Die Angelegenheit ist insofern eilig, weil die ausfahrenden Seeleute in den Häfen der Ost- und Nordsee bereits acht Tage vor der Wahl ihre Stimme abgeben können. Die Mitteilung über die Zulassung der eingereichten Wahlvorschlüge erfolgt im Reichsanzeiger.

Hugenberg in Offen.

Präsidentenwahl und Preußenwahl.
Offen, 2. März.
Dr. Hugenberg sprach in Offen über die bevorstehende Präsidentenwahl. Er legte dar, weshalb die DNVP keinen eigenen Parteikandidaten aufgestellt habe. Wahrgehend sei letzten Endes das Ziel von Hindenburg. Das verdrängte Schwarzrot-System muß fallen! Die Präsidentenwahl würde heute in der Richtung, daß die an sich klaren Fronten verwischt werden. Die Preußenwahl werde und müsse sie wiederherstellen. Der Preußenwahl gelte der Hauptstoß. Der Verlauf des Schwarzrot-Systems, sei mit der Präsidentenwahl in den Hintergrund zu drängen, werde misslingen. Das die Gefahr auf längere Sicht auch heute noch nicht überwunden sei, gebe zu Lasten des Zentrum und seiner Bundesgenossen. Das Zentrum habe nach den Wahlen vom 14. September 1930 einen gegebenen Augenblick nach dem anderen ungenutzt vorbeigehen lassen. Es habe die Landtagswahl trotz aller Bemühungen der Rechten

hinter die Präsidentenwahl statt davor gelegt, um den Frieden zwischen Hindenburg und der Rechten unmöglich zu machen, ja, um Hindenburg auf dem politischen Schachbrett auf der Seite des Schwarz-roten Bundes als seinen König gegen die Rechte auszuspielen. Es habe im Sommer 1931 die beste Gelegenheit zur einhülligen Abwertung der Tribüne verflüchtigt. Es habe sich nicht rechtzeitig zu einer klaren Politik des inneren Marktes entschließen können. Es habe fälschlich politisch „gepußelt“ statt geführt, um sein Bündnis mit der Sozialdemokratie zu retten. Was „Klugheit im politischen Leben“ sei, wisse Herr Brüning selber. Was Macht sei, auch, er brauche aber trotz einiger für ihn erfreulicher Erfahrungen, die er machen konnte, nicht zu hoffen, daß die Rechte es nicht wisse. Das Spiel sei noch nicht zu Ende.

Reichslandbund gegen Hindenburg.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes nahm in einer Sitzung folgende Entschlüsse zur Reichspräsidentenwahl an:
„Die nationale Opposition hat die Proklamation Hindenburgs durch die Parteien des Weimarer Systems mit der Heuchelei ihrer Vorkämpfer Hiller und Duesterberg beantwortet. Der Reichslandbund steht im Lager der nationalen Opposition. Er wird keine Stimme nicht für Hindenburg einbringen. Der Kampf für den einen der beiden Kandidaten der nationalen Opposition darf nicht zum Kampf gegen den anderen werden. Unser gemeinsamer Kampf richtet sich gegen die Herrschaft der verwerflichen Kräfte, die für die Jerome unserer bisherigen gesamtstaatlichen und Wirtschaftspolitik verantwortlich sind.“

Falsche Gerichte.

Die Hauptgeschäftsstelle der Hindenburg-Anschüsse teilt mit: Durch eine böswillig, aber geschickt geführte Manipulation wird, wie aus allen Teilen des Reichs berichtet wird, die Behauptung verbreitet, daß der Oberst von Hindenburg und der Staatssekretär Meißner Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei seien, sowie daß die Kinder des Obersten von Hindenburg in einer „Gottlosen“-Schule erzogen würden.
Die Hauptgeschäftsstelle der Hindenburg-Anschüsse stellt fest, daß diese Nachrichten sämtlich erlogen sind.

Sichere Dein Wahlrecht!

Berlin, 29. Februar.
Zur Reichspräsidentenwahl sind nur die Reichsangehörigen zuzulassen, die in einer Wahlstätte oder Wahlkreis eingetragen sind. Deshalb prüfe jeder Wähler die Listen auf Richtigkeit. Die Räume, in denen die Wahlstellen zur Einsicht ausliegen, werden durch Plakate oder in den Tageszeitungen bekannt gemacht.

Zugendausschuß Berlin der DNVP für Dingeldey

Der Wahlkreis-Zugendausschuß der Deutschen Volkspartei im Wahlkreisbezirk Berlin (Hindenburg-Kreis) veröffentlicht eine Erklärung, in der er mittels, er lehne es auf das allerentschiedenste ab, sich dem Schritt einiger Mitglieder des Wahlkreisverbandes anzuschließen und zu den Deutschnationalen überzugeben. Die Zugendgruppe des Hindenburg-Bundes stehe in unauflösbarer Treue hinter ihren Führern Dingeldey und Hinjmann.

Die Kräfte in der Volkspartei.

Berlin, 2. März. Der Vorstand der Deutschen Volkspartei erklärt zu dem Uebertritt des Vorjüngers und Generalsekretärs des Berliner Wahlkreises zu den Deutschnationalen, beide Herren seien damit ihrem Ausschluß zuvorgekommen. — Anzumerken hat auch der frühere Reichsinnenminister von Raum er seinen Austritt aus der Partei erklärt.

Der Lappoaufruf mißglückt?

Haftbefehle gegen die Führer.
Reval, 2. März.

Nach den letzten Meldungen aus Finnland hat sich die Lage der Regierung insofern verbessert, als nunmehr feststeht, daß die Mobilisation der Lappo-Deute nicht einseitig durchgeführt werden konnte und daß aneinander innerlich der Lappobewegung ein gewisser Gegenstoß besteht.
Während die Lappodeute aus Süd- und Mittelfinnland dem Mobilisationsbefehl Folge leisteten und sich in den vorher bestimmten Quartieren sammelten, ist die Mobilisierung in den übrigen Landesteilen nicht durchgeführt worden. Das freisinnige Blatt „Sellingin Sanomat“ bezeichnet die Lappo-Mobilisierung als mißglückt. Dem gleichen Blatt zufolge hat die Regierung Haftbefehle gegen Kola, Wallenius und andere Lappoführer erlassen.

Truppenaufgebot gegen Lappo-Ansammlungen.

Sellingfors, 2. März.
Auf Anordnung der finnischen Regierung marschieren starke Truppenabteilungen nach Mantsala. Die Truppen sollen die in Mantsala aufmarschierten Lappo-Deute zur Uebergabe zwingen. Die Lappo-Deutung fordert in einem neuen Befehl alle Lappo-Deute auf, sich für vier Tage mit Lebensmitteln versehen an den Sammelpunkten einzufinden. Es hat den Anschein, als ob es sich bei dem Mantsala-Unternehmen um ein verfrühtes Vordringen handelt.

Litauischer Stimmengang.

Carleungsverwaltung an Grundbesitz.
Kowno, 2. März.
Die litauische Landbank hat für das Nemelgebiet mehrere zwei Millionen Lit zur Beilegung ländlicher und städtischer Grundstücke zur Verfügung gestellt. Die Auszahlung der Darlehen soll gegen Anfang April erfolgen. Es ist vorgesehen, für das Nemelgebiet nach Bedarf mehrere Beträge bereit zu halten.

In gutunterrichteten Kreisen ist man der Ansicht, daß die Beilegung dieser Darlehen für das Nemelgebiet lediglich einen politischen Hintergrund hat, um bei den für unvermeidlich angesehenen Landtagswahlen schon vorzeitig für einen Stimmengang unter den wirtschaftlich bedrückten Nemeländern gesichert zu sein.

In einer Fraktionsitzung der Mehrheitsparteien in Memel haben die für das Direktorium Stimmt vorgehenden Mitglieder der Mehrheitsparteien, Luftus (Volkspartei) und Balchies (Landwirtschaftspartei) ihre Weigerung erklärt, in das von Stimmt zu bildende Direktorium einzutreten, da sie nicht zusammen mit dem litauischen Senatrat Tolichius, dem bisherigen profsozialistischen Präsidenten, in ein Direktorium eintreten wollen.

Deutsche Tageschau.

100 000 Siedler im Jahre 1931.
Nach Mitteilungen des preussischen Städtungsamts, Ministerdirektor Dr. Bolten vom Landwirtschaftsministerium, ist es im Jahre 1931 gelungen, 100 000 Menschen durch Anweisung Arbeit und Brot zu geben und sie freisetzen zu können. Rund 500 000 Morgen an weidlichen Boden wurden den Siedlern im vergangenen Jahre zur Verfügung gestellt.

Handel und Gewerbe für Bier- und Eißtstoff.

Der Bund der Handel- und Gewerbetreibenden teilt u. a. mit: Eine von Bund der Handel- und Gewerbetreibenden (B. u. G.) und seinen 21 angeschlossenen Verbänden einberufene Abgeordnetenversammlung in Berlin hat einstimmig beschlossen, die Mitglieder des Bundes, die Flaschenbier stillstellen, anzumelden, bis zur einhülligen Regelung der Angelegenheit den Verkauf von Flaschenbier einzustellen. Ferner wurde einstimmig beschlossen, in den Eißtstoff einzutreten.

Die Berliner Bäckermeister bei Dr. Goebeler.

Der Bäckermeister einer Sitzung zur Verbot einer Preisverhandlung beim Schmutz, ergebnislos. Dennoch vorgeschrieben stattfinden zu lassen.

März.

Februar einbehaltene zu führen. Keine

von Körperpflichten 10. April, Keine

Keine Schonfrist 2. Februar 1932.

März einbehaltene zu führen. Keine

die Grundver-

Wichtige deutsch-französische Wirtschaftsverhandlungen in Paris.

In Paris finden zurzeit wichtige deutsch-französische Handelsverhandlungen statt. Aus Berlin sind als Vertreter der deutschen Regierung die Herren Wegmann, Dr. Ebner und Kieselberg eingetroffen und haben die Besprechungen mit einem französischen Ausschuss im Handelsministerium aufgenommen. Der „Ami du Peuple“ bringt diese Besprechungen mit dem Verbot der französischen Gemeineinfuhr nach Deutschland in Zusammenhang und bezeichnet dieses Verbot als eine Zwangsmaßnahme gegen das französische Kontingentsystem.

Der jugoslawische Staatshaushalt vor der Stupfina.

In der jugoslawischen Stupfina wurde vom Finanzminister der Staatshaushalt eingeleitet, der in den letzten Wochen vom Finanz- und Haushaltsausschuß durchgesehen worden war. Der Ausschuss hatte am Vorschlag nach einige kleinere Abänderungen in der Gesamtschuld von 129 Millionen Dinar (rund 10 Millionen RM) vorgenommen, so daß er jetzt 11,72 Milliarden Dinar oder rund 900 Millionen RM beträgt. Zu Beginn der Haushaltsausprache ergab Finanzminister Jovanowitsch das Wort und teilte mit, daß der König sich bereit erklärt habe, seine Stillhilfe um 4 Millionen Dinar (etwa 300 000 RM) herabzusetzen.